

Pressespiegel

Medienecho auf die Vorstellung der vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und der Europa-Union Deutschland initiierten Studie:

„Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?“

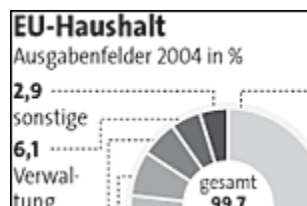
am 30.01.2006 in Berlin

- S.02 / 30.01.2006 **Financial Times Deutschland:** „Studie: Vom Nutzen der EU für Deutschland“
- S.04 / 30.01.2006 **Jura Forum:** „Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen“
- S.05 / 30.01.2006 **Kölner Stadt-Anzeiger:** „Europa-Angst der Deutschen ist unbegründet“
- S.07 / 30.01.2006 **Märkische Oderzeitung:** „Studie: Europa nützt Deutschland“
- S.08 / 30.01.2006 **Spiegel online:** „Grundloser Pessimismus - Deutschland profitiert von EU“
- S.10 / 30.01.2006 **Wallstreet online:** „Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen“
- S.12 / 31.01.2006 **Berliner Morgenpost:** „Besser als der Ruf“
- S.13 / 31.01.2006 **Berliner Morgenpost:** „Studie: Deutschland profitiert von der EU“
- S.14 / 31.01.2006 **Berliner Zeitung:** „Osterweiterung der EU kurbelt Exporte an -
Studie belegt Nutzen der Integration für Deutschland“
- S.16 / 31.01.2006 **DowJones Europa Aktuell:** „Studie: Deutschland größter EU-Profiteur“
- S.17 / 31.01.2006 **Euractiv:** „Germany benefits from its EU membership, says study“
- S.19 / 31.01.2006 **Köln-campus:** „Europa-Angst der Deutschen ist unbegründet“
- S.20 / 31.01.2006 **Nordkurier:** „Neue EU-Studie widerspricht Sicht vieler Bundesbürger“
- S.21 / 31.01.2006 **Passauer Neue Presse:** „Das beste Geschäft in der deutschen Geschichte“
- S.23 / 31.01.2006 **Passauer Neue Presse:** „EU nutzt Deutschland am meisten“
- S.25 / 31.01.2006 **Tagesspiegel:** „Industrie will mehr Macht für die EU“
- S.27 / 31.01.2006 **die tageszeitung:** „Europa für 87 Euro - Die EU ist für die Deutschen ein gutes
Geschäft, eines, das noch besser werden könnte“
- S.29 / 01.02.2006 **Regierung online:** „Deutschland profitiert deutlich von der EU“
- S.31 / 01.02.2006 **Euractiv:** „Studie: Deutschland profitiert von der EU-Mitgliedschaft“
- S.33 / 01.02.2006 **Frankfurter Allgemeine Zeitung:** „Deutschland profitiert vom Binnenmarkt“
- S.34 / 09.02.2006 **Wirtschaftswoche:** „Finsterer Merkantilismus“

Studie: Vom Nutzen der EU für Deutschland

von Kai Beller, Berlin

Was kostet die EU und was nutzt sie? Acht Politik- und Wirtschaftswissenschaftler haben die Anstrengung unternommen, eine Kosten- und Nutzen-Analyse der deutschen EU-Mitgliedschaft zu erstellen. Die Studie soll ein gängiges Vorurteil widerlegen: das Bild des teuren, bürokratischen Beamtenmonstrums.



Es werde mehr über Gefühle als über Fakten debattiert, sagte der CDU-Abgeordnete Elmar Brok am Montag in Berlin. Die Autoren der Studie "Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?" liefern für Brok den Beweis, dass die Gefühle den Fakten nicht Stand halten. "Die EU-Mitgliedschaft nützt Deutschland", assistierte Ex-EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies. Die beiden Europapolitiker stellten die Studie in Berlin vor.

Untersucht haben die Forscher die Auswirkungen der Mitgliedschaft unter fünf verschiedenen Aspekten: EU-Binnenmarkt, Euro, Arbeitsmarkt, Nettozahler-Debatte und Außenpolitik. Außerdem werden Strukturen und Strategien der deutschen Europapolitik beleuchtet.

Hier zu Lande ist die Debatte über die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft in erster Linie durch den Vergleich von Einzahlungen und Rückflüssen aus dem Haushalt geprägt. Deutschland gehört zu den größten Nettozahlern in die EU-Kasse. Mit dem Nettozahler-Argument ziehen deutsche Politiker aller Parteien ins Feld, wenn es gilt, Front gegen Begehrlichkeiten aus Brüssel zu machen.

Angst wegen mangelnder Informationen

Auch die Stimmung gegenüber der EU wird von der Nettozahler-Debatte beeinflusst. Mit Erschrecken dürften Europapolitiker daher einige Ergebnisse einer in der vergangenen Woche veröffentlichten Umfrage der EU-Kommission über die Haltung der Deutschen zur EU zur Kenntnis genommen haben. Fast drei Viertel der Befragten halten es für ein Problem, dass Deutschland immer mehr Geld in den EU-Haushalt einzahlt. 84 Prozent haben Angst, dass Arbeitsplätze in EU-Länder mit niedrigeren Lohnkosten verlagert werden.

"Ängste sind immer ein Ausfluss an Informationsmangel", sagte Brok. Er hofft, dass die Ergebnisse der Studie dazu beitragen, die Vorurteile gegen über der EU abzubauen. Alle Parteien hätten dort Nachholbedarf.

Nach Auffassung der Forscher widerlegen die Fakten das weit verbreitete Unwohlsein an der Europäischen Union. Zwar sei es richtig, dass Deutschland für das Jahr 2004 netto 7,1 Mrd. Euro zum EU-Haushalt beisteuerte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt waren dies aber nur 0,33 Prozent. Der Nettozahlungen betrügen weniger als ein Drittel des deutschen Verteidigungshaushaltes, sagte Brok.

Deutschland sei zudem der Hauptgewinner des EU-Binnenmarktes. Auch die Wissenschaftler argumentieren, dass die positiven Effekte des Binnenmarktes die Belastungen durch den Status als Nettozahler überwiegen. Auf 0,6 bis 0,8 Prozent wird der dauerhafte Wachstumseffekt des Binnenmarktes geschätzt.

"Sozialtourismus" findet nicht statt

Auch bei den Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt weiß Brok die Wissenschaftler auf seiner Seite. Die mit der Ost-Erweiterung befürchteten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt seien nicht eingetreten, heißt es in der Studie. Es gebe zwar Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa, allerdings nicht in Form eines "Sozialtourismus". Überhaupt schätzen die Autoren den Einfluss der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt als eher mittel- und langfristig ein. Zudem werde die Europäisierung durch die Globalisierung überwölbt.

Brok verteidigte die EU gegen Vorwürfe, sie leiste der Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere EU-Länder Vorschub. Der Hausgerätehersteller Electrolux habe beispielsweise keine EU-Fördermittel für die Verlagerung der Produktion von Nürnberg nach Osteuropa erhalten. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hatte gefordert, in solchen Fällen den Unternehmen die Förderung zu streichen.

Der CDU-Abgeordnete aus dem Europaparlament ärgert sich über solche Aktionen, die Europa in einem schlechten Licht erscheinen ließen. Europa werde für die schlechten Nachrichten verantwortlich gemacht, während die Regierungen in London, Paris oder Berlin die Erfolge auf ihre Fahnen schrieben.

Europaminister im Kanzleramt

Auch Wulf-Mathies kritisierte die von "Larmoyanz und Arroganz geprägte EU-Debatte in Deutschland. "Was einem

nicht passt, kann man auch ändern", sagte sie. Allerdings müsse Deutschland für eine vernünftige Interessenvertretung in Brüssel sorgen. Sinnvoll sei ein Europaminister im Kanzleramt, der die deutsche EU-Politik koordiniere.

Die Studie soll nun an alle Bundestagsabgeordneten, EU-Abgeordneten und Landesregierungen verteilt werden. Brok hofft, dass die Fakten dort auf fruchtbaren Boden fallen. Es gebe jedenfalls keine Alibis für ein falsches Europabild mehr.

Im Internet gibt es die Studie auf den Seiten des Netzwerks Europäische Bewegung www.europaeische-bewegung.de

ftd.de, 30.01.2006

© 2006 Financial Times Deutschland, © Illustration: ftd.de

ZUM THEMA

- › [EU-Kompromiss erhöht deutschen Nettobeitrag](#)
- › [\(€\) Agenda: Lady Europa](#)
- › [Frage des Tages: Was ist der "Britten-Rabatt" im EU-Haushalt?](#)
- › [Verheugen hält deutsche EU-Zahlungen für angemessen](#)
- › [EU-Haushalt für 2006 steht](#)
- › [\(€\) Schröder sieht in EU mehr als Freihandelszone](#)

30.01.2006

Politik

ots

Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen

Berlin (ots) - Eine gemeinsame Pressemitteilung des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland und ihres Mitgliedsverbands Europa-Union Deutschland:

Bei der heutigen Präsentation der Studie: "Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?" erklärten Monika Wulf-Mathies, Präsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland und Elmar Brok, Präsident der Europa-Union Deutschland:

Die verbreitete Wahrnehmung in Deutschland, die EU wäre für die schwache Wirtschaft in Deutschland verantwortlich entspricht nicht den wirtschaftlichen und politischen Realitäten. So haben sich die deutschen Exporte in die EU-Staaten von 2000 bis 2004 um 25% erhöht, die Exporte in die acht neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum sogar um 34%. Damit nehmen 2004 die Exporte mit einem Volumen von rund 600 Mrd. Euro in die EU-25 einen Anteil von 82% der gesamten Ausfuhren Deutschlands (733,4 Mrd. Euro) ein.

Eine ähnlich positive Bilanz ließe sich für die Nettozahlerposition Deutschlands aufmachen. Deutschlands Nettobetrag am EU-Haushalt beträgt 7,1 Mrd. Euro und damit rund 0,33% des Bruttoinlandprodukts. Dem gegenüber stehen berechnete dauerhafte Wachstumseffekte des EU-Binnenmarktes von 0,6 - 0,8%. Auch wenn Deutschland in den kommenden Jahren Nettozahler bleiben wird, könnten schon die wirtschaftlichen Vorteile des EU-Binnenmarktes diese Belastung aufwiegen. Europa ist nicht die Ursache für Deutschlands wirtschaftliche Lage - Europa ist Teil der Lösung.

Für Deutschland als Exportnation stellt auch die Einführung des Euro ein hohes Wachstumspotenzial dar. Die Handelseffekte werden erheblich unterstützt: durch höhere grenzüberschreitende Investitionen, durch einen attraktiven Kapitalmarkt für internationale Investoren und durch eine höhere Währungsstabilität als zu D-Mark-Zeiten.

Die Befürchtungen, die EU-Erweiterung würde zu Verwerfungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen, ist in der prognostizierten Weise nicht eingetreten. Deutschland hat in der EU Wettbewerbsvorteile bei wissens- und technologieintensiven Produkten und Dienstleistungen. Hier muss noch zielgerichteter investiert werden, um diese Vorteile auszubauen: in Aus- und Weiterbildung, in Angewandte- und Grundlagenforschung, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft. Gleichzeitig müssten sich die deutschen Märkte noch konsequenter den mittel- und osteuropäischen Ländern öffnen.

Bei der Frage nach der Erhaltung und Steigerung der Europafähigkeit Deutschlands muss im Bereich der europapolitischen Koordinierung der Bundesrepublik gehandelt werden. Sie sollte in vielen Bereichen gestärkt und gestrafft werden. Hier lassen auch die Vorschläge der Föderalismuskommission keine Ansatzpunkte für eine effizientere Koordination im EU-Mehrebenensystem erkennen.

Insgesamt zeigt die Studie nicht nur den dringenden Reformbedarf in Deutschland in Sachen Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch das enorme Defizit an europapolitischer Koordinierung, dessen Beseitigung das Netzwerk Europäische Bewegung und die Europa-Union Deutschland seit Sommer 2005 anmahnen.

Die Studie wurde vom Netzwerk Europäische Bewegung und der Europa-Union Deutschland in Auftrag gegeben und von Prof. Wolfgang Wessels und Dr. Udo Diedrichs vom Jean Monnet Lehrstuhl am Politischen Seminar der Universität zu Köln durchgeführt.

Die komplette Studie, mit umfangreichen Tabellen und Datenmaterial steht auf den Webseiten des Netzwerks Europäische Bewegung und der Europa-Union Deutschland zum download zur Verfügung: www.europaeische-bewegung.de und www.europa-union.de

Originaltext: Europa-Union Deutschland Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmid=58116> Pressemappe via RSS : [feed://presseportal.de/rss/pm_58116.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_58116.rss2)

Pressekontakt:

Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland Christoph Linden, Stv. Generalsekretär +49-30-8841 2245, christoph.linden@europaeische-bewegung.de

Europa-Union Deutschland Marco Hardt, Pressesprecher +49-170 7200892, marco.hardt@europa-union.de

[Seite drucken](#)[Fenster schließen](#)

Europa-Angst der Deutschen ist unbegründet

ERSTELLT 30.01.06, 14:29h, AKTUALISIERT 30.01.06, 14:35h

Berlin - Angst dominiert die Europa-Sicht der Deutschen: Arbeitsplatzverlagerung in die osteuropäischen Mitgliedsländer, internationale Handelsnachteile und der "Teuro", oder einfach überbordende Erweiterungskosten für Deutschland als dem größten Nettozahler der Europäischen Union. Eine am Montag in Berlin vorgelegte Studie unter Federführung der Universität Köln widerspricht in allen Punkten und kommt zu dem Fazit: "Europa nutzt Deutschland und legt den Reformbedarf frei."

"Es gibt kein Land in der Europäischen Union, dass so viel von der EU gewinnt wie Deutschland", sagt der Europaparlamentarier Elmar Brok (CDU) - frustriert über die deutschen Stammtischdebatten. Er hofft, dass sich nach dieser ersten umfassenden Studie zu Kosten und Nutzen einer deutschen EU-Mitgliedschaft zumindest in der Politik "ein Realitätssinn durchsetzt".

Vorbehalt eins: "Deutschland zahlt nur in die EU-Kasse ein." Falsch, sagt Brok - und verweist auf die Studie, wonach nicht allein der Nettobeitrag von 7,1 Milliarden Euro im Jahr 2004 gesehen werden darf. Unterschlagen werde hier ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Milliarden Euro, dessen Steuern und Sozialabgaben der Staatskasse "ein Vielfaches" der Nettozahlungen erbracht hätten. "Ich verstehe nicht, warum diese Zahl gehütet wird wie ein Staatsgeheimnis." Allein gegenüber Polen habe es 2004 einen Überschuss von vier Milliarden Euro zugunsten Deutschlands gegeben.

Vorbehalt zwei: "Durch die EU-Osterweiterung kommen immer mehr Ausländer nach Deutschland." Auch ein solcher "Sozialtourismus" lässt sich nicht belegen. Vielmehr zeigt die Studie, dass es "keinen unmittelbar einsetzenden Zustrom vor. Arbeitskräften" gegeben hat. Für die Bundesbank ist das sogar ein Grund zur Besorgnis, komme es so doch zu Anreizen für "produktionsverlagernde Direktinvestitionen" in den neuen Mitgliedsstaaten.

Vorbehalt drei: "Arbeitsplätze wandern wegen der EU-Deregulierung aus Deutschland ab." Das betrifft nach Ansicht der ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies zumeist nur gering entlohnte Arbeit, "arbeitsplatzsichernde Auswirkungen in Deutschland" wie gerade in der Grundlagenforschung würden verschwiegen. Im Übrigen habe sich seit der Osterweiterung 2004 der Verlagerungseffekt wieder "verlangsamt", da wegen der EU-Normenübernahme der Wettbewerbsvorteil der neuen Mitglieder verloren gehe.

Vorbehalt vier: "Der 'Teuro' behindert die deutsche Exportwirtschaft." Ebenfalls falsch, meint Brok. Gerade nach Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung sind die deutschen Ausfuhren mit Schwerpunkt außerhalb des Euroraumes gestiegen. "Der gefühlte 'Teuro' hat mit der Realität beim Außenhandel nichts zu tun." Von Experten wird der positive Effekt auf fünf bis zehn Prozent veranschlagt. Allerdings sagt die Studie nichts zu den realen Preissteigerungen im Inland nach der Euro-Einführung.

Vorbehalt fünf: "Die EU-Erweiterung bis an den Balkan bringt Deutschland keinen Sicherheitsgewinn." Absurd, meint Brok, der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament ist. Gerade für die Krisenherde auf dem Balkan sei die europäische Perspektive der letzte Friedensanker. Und die von Berlin netto gezahlten 7,1 Milliarden Euro seien nicht einmal ein Drittel des deutschen Verteidigungsetats von 24 Milliarden Euro pro Jahr.

Diese von der Europa-Union Deutschland und dem Netzwerk europäischer

Bewegungen initiierte 160-seitige Studie soll nun an alle Bundestagsabgeordneten und die 16 Landesregierung gehen. In Debatten könne sich "keiner mehr herausreden", er habe die Zahlen nicht gekannt, freut sich Brok schon jetzt und fügt hinzu: "Die sieben Milliarden Euro Nettobeitrag zur Europäischen Union ist das beste Geschäft, dass wir in der deutschen Geschichte je gemacht haben."
(ddp)

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1138602069348>

FENSTER SCHLIESSEN

Copyright 2006 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.

Märkische Oderzeitung

Studie: Europa nützt Deutschland

Berlin (ddp) Angst dominiert die Europa-Sicht der Deutschen: Arbeitsplatzverlagerung in die osteuropäischen Mitgliedsländer, internationale Handelsnachteile und der "Teuro", oder einfach überbordende Erweiterungskosten für Deutschland als dem größten Nettozahler der Europäischen Union. Eine am Montag in Berlin vorgelegte Studie unter Federführung der Universität Köln widerspricht in allen Punkten und kommt zu dem Fazit: "Europa nützt Deutschland und legt den Reformbedarf frei." "Es gibt kein Land in der Europäischen Union, dass so viel von der EU gewinnt wie Deutschland", sagt der Europaparlamentarier Elmar Brok (CDU) - frustriert über die deutschen Stammtischdebatten. Er hofft, dass sich nach dieser ersten umfassenden Studie zu Kosten und Nutzen einer deutschen EU-Mitgliedschaft zumindest in der Politik "ein Realitätssinn durchsetzt". Vorbehalt eins: "Deutschland zahlt nur in die EU-Kasse ein." Falsch, sagt Brok - und verweist auf die Studie, wonach nicht allein der Nettobeitrag von 7,1 Milliarden Euro im Jahr 2004 gesehen werden darf. Unterschlagen werde hier ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Milliarden Euro, dessen Steuern und Sozialabgaben der Staatskasse "ein Vielfaches" der Nettozahlungen erbracht hätten. "Ich verstehe nicht, warum diese Zahl gehütet wird wie ein Staatsgeheimnis." Allein gegenüber Polen habe es 2004 einen Überschuss von vier Milliarden Euro zugunsten Deutschlands gegeben. Vorbehalt zwei: "Durch die EU-Osterweiterung kommen immer mehr Ausländer nach Deutschland." Auch ein solcher "Sozialtourismus" lässt sich nicht belegen. Vielmehr zeigt die Studie, dass es "keinen unmittelbar einsetzenden Zustrom von Arbeitskräften" gegeben hat. Für die Bundesbank ist das sogar ein Grund zur Besorgnis, komme es so doch zu Anreizen für "produktionsverlagernde Direktinvestitionen" in den neuen Mitgliedsstaaten. Vorbehalt drei: "Arbeitsplätze wandern wegen der EU-Deregulierung aus Deutschland ab." Das betrifft nach Ansicht der ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies zumeist nur gering entlohnte Arbeit, "arbeitsplatzsichernde Auswirkungen in Deutschland" wie gerade in der Grundlagenforschung würden verschwiegen. Im Übrigen habe sich seit der Osterweiterung 2004 der Verlagerungseffekt wieder "verlangsamt", da wegen der EU-Normenübernahme der Wettbewerbsvorteil der neuen Mitglieder verloren gehe. Vorbehalt vier: "Der 'Teuro' behindert die deutsche Exportwirtschaft." Ebenfalls falsch, meint Brok. Gerade nach Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung sind die deutschen Ausfuhren mit Schwerpunkt außerhalb des Euroraumes gestiegen. "Der gefühlte 'Teuro' hat mit der Realität beim Außenhandel nichts zu tun." Von Experten wird der positive Effekt auf fünf bis zehn Prozent veranschlagt. Allerdings sagt die Studie nichts zu den realen Preissteigerungen im Inland nach der Euro-Einführung. Vorbehalt fünf: "Die EU-Erweiterung bis an den Balkan bringt Deutschland keinen Sicherheitsgewinn." Absurd, meint Brok, der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament ist. Gerade für die Krisenherde auf dem Balkan sei die europäische Perspektive der letzte Friedensanker. Und die von Berlin netto gezahlten 7,1 Milliarden Euro seien nicht einmal ein Drittel des deutschen Verteidigungsetats von 24 Milliarden Euro pro Jahr. Diese von der Europa-Union Deutschland und dem Netzwerk europäischer Bewegungen initiierte 160-seitige Studie soll nun an alle Bundestagsabgeordneten und die 16 Landesregierungen gehen. In Debatten könne sich "keiner mehr herausreden", er habe die Zahlen nicht gekannt, freut sich Brok schon jetzt und fügt hinzu: "Die sieben Milliarden Euro Nettobeitrag zur Europäischen Union ist das beste Geschäft, dass wir in der deutschen Geschichte je gemacht haben."

Montag, 30. Januar 2006 (14:31)

SPIEGEL ONLINE - 30. Januar 2006, 13:41

URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,398120,00.html>

Grundloser Pessimismus

Deutschland profitiert von EU

Viele Deutschen halten nichts von der EU. Sie machen die Gemeinschaft eher für die wirtschaftlichen Probleme des Landes verantwortlich. Zu Unrecht: Der Studie mehrerer Universitäten zufolge, profitiert die Bundesrepublik weit mehr von der EU als angenommen.

Berlin - Zwar zahlte die Bundesrepublik 2004 netto 7,1 Milliarden Euro in die EU-Kassen ein. Die wirtschaftlichen Effekte des EU-Binnenmarktes könnten diese hohen Beiträge jedoch leicht wettmachen, erklären die Forscher in der Studie zu den Kosten und Nutzen der EU. Deutlich werde das vor allem an der Entwicklung der Exporte der Bundesrepublik.



DPA

Deutsch-polnischer
Grenzübergang am Tag der
EU-Erweiterung: Exporte in
neue Mitgliedstaaten stiegen
um 34 Prozent

So erhöhten sich die deutschen Exporte von 2000 bis 2004 um rund 25 Prozent. In die acht neuen osteuropäischen EU-Länder steigerten deutsche Unternehmen ihre Verkäufe im gleichen Zeitraum sogar um 34 Prozent. Insgesamt machten die Exporte in die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft 2004 mit einem Volumen von insgesamt rund 600 Milliarden Euro einen Anteil von 82 Prozent der Gesamtexporte der Bundesrepublik aus.

Deutsche empfinden EU als Bedrohung

Die Wahrnehmung der Gemeinschaft in Deutschland ist dagegen jedoch eine vollkommen andere: Einer anderen von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Umfrage zufolge nimmt ein Großteil der Bevölkerung die EU als ökonomische Bedrohung wahr. 84 Prozent der 1534 Befragten gaben darin an, Angst vor der Verlagerung von Jobs in EU-Länder mit niedrigeren Lohnkosten zu haben. 64 Prozent glaubten, durch das Zusammenrücken der EU-Länder gingen soziale Standards und Sozialleistungen verloren. Vor allem die Angst um Arbeitsplätze führe zu einer sehr negativen Haltung gegenüber künftigen EU-Erweiterungen, hieß es in der erst vor wenigen Tagen vorgelegten Umfrage. 59 Prozent der Deutschen wollten deshalb in den nächsten Jahren keine Aufnahme neuer Länder.

Die Wahrnehmung der Gemeinschaft in Deutschland ist dagegen jedoch eine vollkommen andere: Einer anderen von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Umfrage zufolge nimmt ein Großteil der Bevölkerung die EU als ökonomische Bedrohung wahr. 84 Prozent der

Der EU-Parlamentarier Elmar Brok (CDU) erklärte heute bei der Präsentation der Kosten-Nutzen-Analyse deshalb, die Politik müsse jetzt einiges tun, um dem verbreiteten Europapessimismus "Realitäten entgegenzusetzen". Allein die Staatseinnahmen aus dem deutschen Handelsbilanzüberschuss überstiegen "um ein Vielfaches" den deutschen Nettobeitrag. "Es gibt kein Land in der Europäischen Union, das so viel von der EU gewinnt wie Deutschland", sagte der CDU-Politiker.

Mit Blick auf die Debatte um den künftigen EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 erinnerte Brok daran, dass die absehbaren Mehrausgaben von etwa drei Milliarden Euro noch unter dem liegen dürften, was Deutschland noch vor einer Reduzierung seiner Beiträge vor wenigen Jahren gezahlt habe. Auch sollte nicht vergessen werden, dass die Hauptexportländer Deutschlands in der EU-Zone liegen und heute das Handelsvolumen mit den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten "höher als mit den USA" sei.

Die ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies rief die Bundesregierung nach der

Veröffentlichung der neuen Studie auf, im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 "eine eigene Kosten/Nutzen-Analyse" der EU-Mitgliedschaft zu erstellen, um so zu einer Versachlichung der Debatte in Deutschland beizutragen.

© SPIEGEL ONLINE 2006

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH



Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen

Berlin (ots) - Eine gemeinsame Pressemitteilung des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland und ihres Mitgliedsverbands Europa-Union Deutschland:

Bei der heutigen Präsentation der Studie: "Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?" erklärten Monika Wulf-Mathies, Präsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland und Elmar Brok, Präsident der Europa-Union Deutschland:

Die verbreitete Wahrnehmung in Deutschland, die EU wäre für die schwache Wirtschaft in Deutschland verantwortlich entspricht nicht den wirtschaftlichen und politischen Realitäten. So haben sich die deutschen Exporte in die EU-Staaten von 2000 bis 2004 um 25% erhöht, die Exporte in die acht neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten im gleichen Zeitraum sogar um 34%. Damit nehmen 2004 die Exporte mit einem Volumen von rund 600 Mrd. Euro in die EU-25 einen Anteil von 82% der gesamten Ausfuhren Deutschlands (733,4 Mrd. Euro) ein.

Eine ähnlich positive Bilanz ließe sich für die Nettzahlerposition Deutschlands aufmachen. Deutschlands Nettobetrag am EU-Haushalt beträgt 7,1 Mrd. Euro und damit rund 0,33% des Bruttoinlandprodukts. Dem gegenüber stehen berechnete dauerhafte Wachstumseffekte des EU-Binnenmarktes von 0,6 - 0,8%. Auch wenn Deutschland in den kommenden Jahren Nettozahler bleiben wird, könnten schon die wirtschaftlichen Vorteile des EU-Binnenmarktes diese Belastung aufwiegen. Europa ist nicht die Ursache für Deutschlands wirtschaftliche Lage - Europa ist Teil der Lösung.

Für Deutschland als Exportnation stellt auch die Einführung des Euro ein hohes Wachstumspotenzial dar. Die Handelseffekte werden erheblich unterstützt: durch höhere grenzüberschreitende Investitionen, durch einen attraktiven Kapitalmarkt für internationale Investoren und durch eine höhere Währungsstabilität als zu D-Mark-Zeiten.

Die Befürchtungen, die EU-Erweiterung würde zu Verwerfungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen, ist in der prognostizierten Weise nicht eingetreten. Deutschland hat in der EU Wettbewerbsvorteile bei wissens- und technologieintensiven Produkten und Dienstleistungen. Hier muss noch zielgerichteter investiert werden, um diese Vorteile auszubauen: in Aus- und Weiterbildung, in Angewandte- und Grundlagenforschung, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft. Gleichzeitig müssten sich die deutschen Märkte noch konsequenter den mittel- und osteuropäischen Ländern öffnen.

Bei der Frage nach der Erhaltung und Steigerung der Europafähigkeit Deutschlands muss im Bereich der europapolitischen Koordinierung der Bundesrepublik gehandelt werden. Sie sollte in vielen Bereichen gestärkt und gestrafft werden. Hier lassen auch die Vorschläge der Föderalismuskommission keine Ansatzpunkte für eine effizientere Koordination im EU-Mehrebenensystem erkennen.

Insgesamt zeigt die Studie nicht nur den dringenden Reformbedarf in Deutschland in Sachen Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch das enorme Defizit an europapolitischer Koordinierung, dessen Beseitigung das Netzwerk Europäische Bewegung und die Europa-Union Deutschland seit Sommer 2005 anmahnen.

Die Studie wurde vom Netzwerk Europäische Bewegung und der Europa-Union Deutschland in Auftrag gegeben und von Prof. Wolfgang Wessels und Dr. Udo Diedrichs vom Jean Monnet Lehrstuhl am Politischen Seminar der Universität zu Köln durchgeführt.

Die komplette Studie, mit umfangreichen Tabellen und Datenmaterial steht auf den Webseiten des Netzwerks Europäische Bewegung und der Europa-Union Deutschland zum download zur Verfügung:

www.europaeische-bewegung.de und www.europa-union.de

Originaltext: Europa-Union Deutschland

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=58116>

Pressemappe via RSS : feed://presseportal.de/rss/pm_58116.rss2

Pressekontakt:

Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland

Christoph Linden, Stv. Generalsekretär

+49-30-8841 2245, christoph.linden@europaeische-bewegung.de

Europa-Union Deutschland

Marco Hardt, Pressesprecher

+49-170 7200892, marco.hardt@europa-union.de

Autor: [news aktuell](#), 13:20 30.01.06

Alle Angaben ohne Gewähr © wallstreet:online

POLITIK

Studie: Deutschland profitiert von der EU

Berlin - Die EU-Mitgliedschaft lohnt sich einer Kosten-Nutzen-Studie zufolge für Deutschland. Die Ansicht, die EU sei für die Wirtschaftsflaute verantwortlich, entspreche nicht der Realität, sagte die Präsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, Monika Wulf-Mathies, bei der Präsentation der Studie in Berlin. Die Analyse hatten Wirtschafts-, Politik- und Sozial-Experten im Auftrag des Netzwerkes sowie der Europa-Union Deutschland erstellt.

Wulf-Mathies betonte, Deutschland habe vom europäischen Binnenmarkt profitiert. Beleg dafür sei der Exportzuwachs von 25 Prozent zwischen 2000 und 2005. Deutschland schöpfe die Potentiale nicht hinreichend aus, sondern habe dringenden Reformbedarf bei der Wettbewerbsfähigkeit, kritisierte die ehemalige EU-Kommissarin. Befürchtungen, die EU-Osterweiterung ginge zu Lasten des deutschen Arbeitsmarktes, habe die Studie entkräften können. *KNA*

Aus der Berliner Morgenpost vom 31. Januar 2006

POLITIK

Besser als der Ruf

Von Jochim Stoltenberg

Die Europäische Union hat für die Deutschen an Glanz und Anziehungskraft verloren. Die als Regulierungswut empfundene Verordnungsflut - vom Krümmungsgrad der Gurke bis zur Feuerwehruniform - löst seit langem Kopfschütteln aus. Jetzt wächst bei vielen Deutschen als Folge der EU-Erweiterung auch noch die Sorge, soziale Standards, Sozialleistungen und Arbeitsplätze zu verlieren.

Nach einer Umfrage der EU-Kommission haben 84 Prozent der Deutschen Angst vor einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in EU-Mitgliedsstaaten mit niedrigeren Lohnkosten, 59 Prozent lehnen die Aufnahme weiterer Länder in die Gemeinschaft ab. Trotzdem hält jeder zweite Deutsche (53 Prozent) die EU für eine gute Sache, gleichzeitig glauben aber 46 Prozent nicht, daß die Bundesrepublik von ihr profitiert. Bei aller berechtigten Kritik ist unterm Strich der Eindruck, Deutschland sei der große Zahlmeister, erhalte zuwenig aus Brüssel zurück und die EU sei mitverantwortlich für die schwache Wirtschaft im Lande, ein falscher.

Schon bei früheren Erweiterungsrunden, als Spanien, Portugal und Griechenland Mitglieder wurden, war Deutschland wirtschaftlich gesehen der Gewinner. Die Exporte in diese Länder stiegen um bis zu 50 Prozent. Das wiederholt sich - freilich auf niedrigerem Niveau - auch jetzt. Die deutschen Ausfuhren in die EU-Staaten stiegen von 2000 bis 2004 um 25 Prozent, in die neuen Mitgliedsstaaten wurden im gleichen Zeitraum sogar 34 Prozent mehr exportiert. Ein Erfolg, der heimische Arbeitsplätze sichert. Daß die EU auch für Deutschland weit nützlicher ist als der verbreitete Ruf, bestätigt eine von der früheren EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies (SPD) und dem EU-Parlamentarier Elmar Brok (CDU) vorgelegte Studie: Deutschland leide nicht unter der EU, sondern schwächele der verschleppten innenpolitischen Reformen wegen.

Es ist allzu bequem, oft auch populistisch, wenn Politiker wie jüngst Wirtschaftsminister Michael Glos die EU für unerfreuliche Entwicklungen und Entscheidungen wie die Verlagerung des Nürnberger AEG-Werks nach Polen verantwortlich machen. Denn was wäre die deutsche Wirtschaft ohne die EU? Sie ist die Grundlage dafür, daß Deutschland einen riesigen Absatzmarkt hat und sich des Rufs als Exportweltmeister erfreuen kann. Es wäre nicht nur für die Akzeptanz der EU hilfreich, wenn deutsche Politiker diese Zusammenhänge öfter als bislang öffentlich deutlich machen würden.

Aus der Berliner Morgenpost vom 31. Januar 2006



[Berliner Branchen](#) [Stadtplan](#) [Tickets](#) [Club](#) [Preisvergleich](#) [Finder](#)

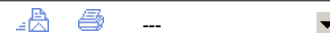
:: Berliner Zeitung



:: Aktuelle Ausgabe

Politik

Dienstag, 31. Januar 2006



Tagesthema

Seite 3

Meinung

Politik

Wirtschaft

Sport

Berlin

Berlin Berlin

Brandenburg

Feuilleton

Wissenschaft

Media

Vermischtes

Kulturkalender

Spielplan

Auto

Immobilien

Reise

Gesundheit

Berlin Kultur

Freizeit

Genuss

Recht

:: Jubiläumsausgabe

:: Newsletter

:: Suche

:: Textarchiv

:: Bildarchiv

:: Jugendprojekte

:: Bestell- und

Leserservice

:: Leser-Angebote

:: Leserreisen

:: Anzeigen

:: Leserkontakt

:: Impressum

:: Berliner Verlag

:: Mediadaten

:: AGB

:: Berliner Kurier

:: TIP-Magazin

:: Aktuelles

:: Anzeigenmärkte

Osterweiterung der EU kurbelt Exporte an Studie belegt Nutzen der Integration für Deutschland

Ulrich von Schwerin

BERLIN. Welche Kosten die EU Deutschland verursacht, ist allgemein bekannt, doch welchen Nutzen sie bringt, ist weit schwerer zu errechnen. Deshalb haben das Netzwerk Europäische Bewegung und die Europa-Union nun eine wissenschaftliche Studie herausgegeben, die beweisen soll, dass die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der EU für Deutschland bei weitem ihre Kosten übersteigen.

"Der deutsche Nettobeitrag zum Budget der EU beträgt 7,1 Milliarden Euro. Das sind 0,33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, rund ein Drittel des Verteidigungshaushalts und weniger als noch vor einigen Jahren", erklärte der Präsident der Europa-Union Deutschland, Elmar Brok (CDU), bei der Vorstellung der Studie. Dagegen trage der EU-Binnenmarkt jährlich 0,6 bis 0,8 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Das deutsche Handelsvolumen mit den zehn neuen EU-Staaten übertreffe bereits den Handel mit den USA. Insgesamt seien die deutschen Exporte in die EU-Länder seit 2000 um 25 Prozent gestiegen und machten heute 82 Prozent der Gesamtausfuhren aus.

Auch Monika Wulf-Mathies (SPD), Präsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung, erklärte, Deutschland habe dank seiner zentralen Lage besonders von der Osterweiterung profitiert. Entgegen den Erwartungen habe sich die Abwanderung von Arbeitsplätzen nach der Erweiterung nicht beschleunigt. Auch der befürchtete Andrang von billigen Arbeitskräften aus Osteuropa sei weitgehend ausgeblieben. (xuv.s.)

ANZEIGE
www.BerlinOnline.de

Sie benötigen eine **Kreditkarte?**

Wir haben die passenden Angebote für bargeldloses Bezahlen.

www.BerlinOnline.de/finanzen



Klicken Sie hier und testen Sie die Berliner Zeitung 4 Wochen lang. Sie sparen mehr als 40 %.

[Ähnliche Artikel im Archiv](#)

[Leserbrief](#)

[Artikel drucken](#)



Anzeige



Grüne Rendite


Ökologische Geldanlage mit hohen Renditen. Bis 14% p.a. mit nachhaltiger tropischer Holzinvestition. [Mehr Informationen >>](#)

- [American Express Gold Card + FOCUS oder FOCUS-MONEY - jetzt 1 Jahr beitragsfrei!](#)
- [Neu: Die American Express AURUM CARD 1 Jahr beitragsfrei testen + 6 Monate FOCUS gratis!](#)
- [Jetzt noch schnell zugreifen: 3% Superzins aufs Tagesgeld!](#)
- [Ø 15% p.a. seit 15 Jahren. Jetzt auch mit 100% Kapitalgarantie!](#)

betan

[D. D](#)
[Rost](#)
[1](#) 2
[0](#) 3
[2](#) 2
[Arse](#)
[Ham](#)
[1](#) 1
[0](#) 4
[2](#) 9
[Pale](#)
[1](#) 3
[0](#) 3
[2](#) 2
[Barc](#)
[Sara](#)
[1](#) 1
[0](#) 5
[2](#) 9
[Rom](#)
[1](#) 3
[0](#) 3
[2](#) 2
[PSG](#)
[1](#) 1
[0](#) 3
[2](#) 4
Eins

Gooooogle-Anzeigen



Jack
 Dieser
 Mio. €
 Klasse

EU fordert Gewaltverzicht von Hamas-Bewegung

BRÜSSEL (AP)--Die EU-Staaten haben die radikal-islamische Hamas nach deren Wahlsieg in den palästinensischen Gebieten zu einem Gewaltverzicht und zur Anerkennung Israels aufgefordert. Von der Drohung, die Finanzhilfen andernfalls einzufrieren, sahen die EU-Außenminister am Montag in Brüssel aber ab. Zunächst will die EU die Regierungsbildung abwarten. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnte aber, es gebe „keine Möglichkeit der Zusammenarbeit“, wenn die Hamas der Gewalt nicht abschwöre. In der gemeinsamen Erklärung forderten die Minister die Hamas neben einem Gewaltverzicht dazu auf, ihre Waffen niederzulegen, das Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen und geschlossene Vereinbarungen wie den als Roadmap bekannten internationalen Friedensplan einzuhalten. „Es gibt keinerlei Vereinbarkeit zwischen Terrorismus einerseits und Demokratie andererseits“, hieß es.

Den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas, der der gemäßigten Fatah-Bewegung angehört, will die EU „bei seiner schwierigen Aufgabe“ unterstützen, wie Steinmeier weiter sagte. Die Minister hätten sich aber froh darüber gezeigt, dass die Wahl in den palästinensischen Gebieten nach den bisherigen Erkenntnissen frei und fair abgelaufen sei. Steinmeier betonte, der Schlüssel liege jetzt nicht in Europa, sondern bei den Palästinensern. Es sei jetzt vor allem die arabische Welt gefragt. Jetzt Ultimaten zu stellen und mit dem Ende der finanziellen Unterstützung zu drohen, sei nicht zielführend. Er sehe zudem die Gefahr, „dass sich Finanzgeber finden, die die EU ersetzen können“. Genannt wurde in diesem Zusammenhang wiederholt der Iran. Andererseits habe die EU aber auch nicht viel Zeit, zu warten, sagte Steinmeier.

Die Wahl sei einerseits zwar ein Ausdruck der Kritik an der bisher regierenden Fatah-Bewegung. Andererseits lasse sich aber eine Stärkung des islamistischen Elements feststellen. „Und das schafft Selbstbewusstsein“, warnte Steinmeier. Das Wahler-

Studie: Deutschland größter EU-Profiteur

BERLIN (Dow Jones)--Deutschland profitiert einer Studie zufolge weit mehr von der Europäischen Union (EU), als bislang öffentlich dargestellt. Das zeigt die am Montag in Berlin vorgelegte Studie mehrerer Universitäten über Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Danach steht dem Nettobeitrag der Bundesrepublik von 7,1 Mrd EUR (2004) ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Mrd EUR gegenüber. Zugleich werden die Wachstumseffekte einer EU-Mitgliedschaft auf knapp 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beziffert.

Elmar Brok, CDU-Abgeordneter im Europäischen Parlament (EP), betonte, allein die Staatseinnahmen aus dem Handelsbilanzüberschuss überstiegen „um ein Vielfaches“ den deutschen Nettobeitrag. „Es gibt kein Land in der Europäischen Union, dass so viel von der EU gewinnt wie Deutschland“, sagte der CDU-Politiker.

Daher sei die Politik gefordert, dem verbreiteten Europapessimismus „Realitäten entgegensetzen“. Mit

Blick auf die Debatte um den künftigen EU-Haushalt 2007-2013 erinnerte Brok daran, dass die absehbaren Mehrausgaben von etwa 3 Mrd EUR noch unter dem liegen dürften, was Deutschland noch vor einer Reduzierung seiner Beiträge vor wenigen Jahren gezahlt habe. Auch sollte nicht vergessen werden, dass die Hauptexportländer Deutschlands in der EU-Zone liegen und heute das Handelsvolumen mit den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten „höher als mit den USA“ läge.

Die ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies rief die Bundesregierung auf, im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 „eine eigene Kosten/Nutzen-Analyse“ der EU-Mitgliedschaft zu erstellen, um so zu einer Versachlichung der Debatte in Deutschland beizutragen. Laut Eurobarometer sieht eine große Mehrheit der Deutschen die EU nicht als Vorteil, sondern als wirtschaftliche Bedrohung an.

DJG/ddp/ptt/30.1.2006

gebnis sei „folgeschwerer als von uns im Augenblick noch angenommen“. Es sei klar, dass der gesamte Nahe Osten jetzt sehr genau darauf achte wie die EU reagiere.

Die Hamas steht auf der Terrorliste der Europäischen Union. Die palästinensische Autonomiebehörde erhält von der EU Finanzhilfen von rund 300 Mio EUR im Jahr. Als Regierungspartei hätte die Hamas künftig maßgeblichen Einfluss darauf, wie das Geld ausgegeben wird. Die Hamas-Bewegung hat die internationale Gemeinschaft gebeten, die Unterstützung für die palästinensische Autonomiebehörde nicht einzustellen. „Wir rufen Sie auf, alle Hilfe an das palästinensische Finanzministerium zu transferieren“, sagte Ismail Hanijeh, ein Hamas-Führer in Gaza, am Montag bei einer Pressekonferenz. Befürchtungen, die militante Bewegung könne nach ihrem Sieg bei der Parlamentswahl die finanzielle

Unterstützung künftig für den bewaffneten Kampf gegen Israel nutzen, trat Hanijeh entgegen: Das gesamte Geld werde „für Gehälter, das tägliche Leben und die Infrastruktur verwendet“, versicherte er. Ohne Hilfe aus dem Ausland stünde die Autonomiebehörde vor der Zahlungsunfähigkeit.

Neben Steinmeier machte auch der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy klar, dass die EU nur Geld geben werde, „wenn die Bedingungen akzeptiert sind“. Die amtierende Ratsvorsitzende und österreichische Außenministerin Ursula Plassnik betonte aber, die EU sei weiterhin bereit, die wirtschaftliche Entwicklung der palästinensischen Gebiete zu unterstützen. Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner sagte, erforderlich seien jetzt gemeinsame Bemühungen, dass Palästina auch weiterhin funktioniere. Hierbei sei auch Israel gefragt. DJG/frh/30.1.2006



Opinion & Governance Wednesday 1 February 2006

[Intro EU White Paper Better Regulation Comitology Information Strategy Better Implementation Commission Reform](#)
[Alternative Regulation Access to Documents Corporate Governance Corruption Eurobarometer "Can EU Hear Me?"](#)

Published: Tuesday 31 January 2006 | Updated: 09:56
Sprachen: [\[DE\]](#)

Germany benefits from its EU membership, says study

In Short:

A new study illustrates that Germany actually benefits both politically and economically from its EU membership.

RELATED

- [Analysis: "Is the new EU of vital interest for Germany?"](#)
- [SG of the European Movement Germany on EU communication](#)

Brief News:

The study, initiated by NGOs [Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland](#) and [Europa Union Deutschland](#), was carried out by eight experts in politics and economics, who analysed the impact of the EU on Germany in five areas, namely in the single European market, the Euro, the employment situation, the debate about net contributions to the EU and in the area of foreign policy.

The results of the study, which were presented in Berlin by CDU deputy and MEP Elmar Brok and former EU Commissioner Monika Wulf-Mathies, contradict the widespread view of the EU being to blame for Germany's current economic situation. The study reveals, for instance, that Germany is one of the main beneficiaries of the single European market and that its net contributions to the EU are not as high as thought.

Looking at the employment situation in Germany, there was previously the concern of a wave of workers coming from the new member states but the study reports that this did not materialise as such in the end and that this enlargement offered 'more of a good opportunity than risks'.

Monika Wulf-Mathies says in the foreword to the study that "the new EU is of vital interest for Germany". However, she also notes that the results of the study "do not only show that Germany urgently needs reform in terms of competitiveness" but also discloses "the enormous deficit in Germany's political co-ordination in European affairs".

Links

NGOs and Think-Tanks

- Europäische Bewegung: [Studie: Die Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?](#) (Jan. 2006) [Press release: Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen](#)
- Europa-Union Deutschland [Studie: Die Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?](#) [Press release: Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen](#) (30 Jan. 2006)

Press articles

- Financial Times Deutschland: [Studie: Vom Nutzen der EU für Deutschland](#)

- [Berliner Zeitung: Osterweiterung der EU kurbelt Exporte an](#)

[✉ Feed-back to section coordinator](#)

© EurActiv 2000-2005 / [✉ E-mail to EurActiv](#)



► **LiveStream**

Gleich reinhören!!!
Live-Stream mit beschr. Nutzerzahl

[Suche](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#) | [Home](#)

Programm

Service & Info

- [Playlist-Suche](#)
- [Live Stream](#)
- [Neuigkeiten](#)
- [Veranstaltungstipps](#)
- [Servicetipps](#)
- [Kölncampus präsentiert](#)
- [Filmspur-Filmtipp](#)
- [Hörerpost](#)
- [Suche](#)
- [Wer hört Kölncampus?](#)

Mitmachen

Sender

Kölncampus im Schnellzugriff ▼

Neuigkeiten

Kontakt zur Neuigkeitenredaktion

► neuigkeiten@koelncampus.com

Neuigkeiten - Archiv

Europa-Angst der Deutschen ist unbegründet [31.01.06.]

Eine Studie unter Federführung der Universität zu Köln belegt die positive Auswirkung der EU-Mitgliedschaft für Deutschland. "Es gibt kein Land in der Europäischen Union, das so viel von der EU gewinnt wie Deutschland", sagt der Europaparlamentarier Elmar Brok von der CDU. So belegt auch die Kölner Studie mit ihrer Kosten/Nutzen Rechnung, dass Deutschland weit mehr von der Europäischen Gemeinschaft profitiert, als bislang öffentlich dargestellt. Viele Vorurteile zu Themen wie der EU-Osterweiterung, Sozialtourismus oder der Teuro-Debatte werden von der Studie entkräftet. Die gesamte Studie zum Thema "Die neue Europäische Union - im vitalen Interesse Deutschlands?" könnt ihr unter www.europa-union.de nachlesen.

● ● ● (zurück)

Partner:



Artikel vom 31.01.2006

Neue EU-Studie widerspricht Sicht vieler Bundesbürger

Studie *Der Europa-Abgeordnete Brok widerspricht der bisher einseitigen Sicht vieler Bundesbürger auf die Europäische Union und möchte das Gegenteil beweisen.*

Von André Spangenberg, ddp

Berlin. Angst dominiert die Europa-Sicht der Deutschen: Arbeitsplatzverlagerung in die osteuropäischen Mitgliedsländer, internationale Handelsnachteile und der „Teuro“, oder einfach überbordende Erweiterungskosten für Deutschland als dem größten Nettozahler der Europäischen Union. Eine gestern in Berlin vorgelegte Studie unter Federführung der Universität Köln widerspricht in allen Punkten und kommt zu dem Fazit: „Europa nutzt Deutschland und legt den Reformbedarf frei.“ „Es gibt kein Land in der Europäischen Union, dass so viel von der EU gewinnt wie Deutschland“, sagt der Europaparlamentarier Elmar Brok (CDU) – frustriert über die deutschen Stammtischdebatten. Er hofft, dass sich nach dieser ersten umfassenden Studie zu Kosten und Nutzen einer deutschen EU-Mitgliedschaft zumindest in der Politik „ein Realitätssinn durchsetzt“.

Vorbehalt eins: „Deutschland zahlt nur in die EU-Kasse ein.“ Falsch, sagt Brok – und verweist auf die Studie, wonach nicht allein der Nettobeitrag von 7,1 Milliarden Euro im Jahr 2004 gesehen werden darf. Unterschlagen werde hier ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Milliarden Euro, dessen Steuern und Sozialabgaben der Staatskasse „ein Vielfaches“ der Nettoszahlungen erbracht hätten. „Ich verstehe nicht, warum diese Zahl gehütet wird wie ein Staatsgeheimnis.“ Allein gegenüber Polen habe es 2004 einen Überschuss von vier Milliarden Euro zugunsten Deutschlands gegeben.

Vorbehalt zwei: „Durch die EU- Osterweiterung kommen immer mehr Ausländer nach Deutschland.“ Auch ein solcher „Sozialtourismus“ lässt sich nicht belegen. Vielmehr zeigt die Studie, dass es „keinen unmittelbar einsetzenden Zustrom von Arbeitskräften“ gegeben hat. Für die Bundesbank ist das sogar ein Grund zur Besorgnis, komme es so doch zu Anreizen für „produktionsverlagern- de Direktinvestitionen“ in den neuen Mitgliedsstaaten.

Vorbehalt drei: „Arbeitsplätze wandern wegen der EU-Deregulierung aus Deutschland ab.“ Das betrifft nach Ansicht der ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies zumeist nur gering entlohnte Arbeit, „arbeitsplatzsichernde Auswirkungen in Deutschland“ wie gerade in der Grundlagenforschung würden verschwiegen. Im Übrigen habe sich seit der Osterweiterung 2004 der Verlagerungseffekt wieder „verlangsamt“, da wegen der EU-Normenübernahme der Wettbewerbsvorteil der neuen Mitglieder verloren gehe.

Vorbehalt vier: „Der ‚Teuro‘ behindert die deutsche Exportwirtschaft.“ Ebenfalls falsch, meint Brok. „Gerade nach Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung sind die deutschen Ausfuhren mit Schwerpunkt außerhalb des Euroraumes gestiegen. Der gefühlte ‚Teuro‘ hat mit der Realität beim Außenhandel nichts zu tun.“ Von Experten wird der positive Effekt auf fünf bis zehn Prozent veranschlagt. Allerdings sagt die Studie nichts zu den realen Preissteigerungen im Inland nach der Euro-Einführung.

Vorbehalt fünf: „Die EU-Erweiterung bis an den Balkan bringt Deutschland keinen Sicherheitsgewinn.“ Absurd, meint Brok, der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament ist. Gerade für die Krisenherde auf dem Balkan sei die europäische Perspektive der letzte Friedensanker. Und die von Berlin netto gezahlten 7,1 Milliarden Euro seien nicht einmal ein Drittel des deutschen Verteidigungsetats von 24 Milliarden Euro pro Jahr.

Die von der Europa-Union Deutschland und dem Netzwerk europäischer Bewegungen initiierte 160-seitige Studie soll an alle Bundestagsabgeordneten und die 16 Landesregierungen gehen. In Debatten könne sich „keiner mehr herausreden“, er habe die Zahlen nicht gekannt, freut sich Brok und resümiert: „Die sieben Milliarden Euro Nettobeitrag zur Europäischen Union ist das beste Geschäft, dass wir in der deutschen Geschichte je gemacht haben.“

[Fenster schließen](#)

© Nordkurier.de am 31.01.2006



Sie sind hier: [Startseite](#) / [Nachrichten](#) / [Politik](#) / [Artikel](#)

ALLE ARTIKEL

ARTIKEL
vom 31.01.2006

[Mit sieben Bodyguards in Jad Vashem](#)

[Gesamtkunstwerk Alan Greenspan tritt ab](#)

[„Die wollten gar keine Hilfe“](#)

[„Das beste Geschäft in der deutschen Geschichte“](#)

TAGESSCHAU

[Fleisch-Skandal: Berger will diese Woche Insolvenz anmelden](#)

[Charmeur mit Knittergesicht](#)

[CSU-Spitze stützt Müntefering](#)

[Meldungen](#)

[Unbequeme Wahrheiten](#)

KOMMENTARE [Es reicht noch nicht](#)

[„EU nutzt Deutschland am meisten“](#)

STANDPUNKT [Klares Signal](#)

Studie: [Ältere Reaktoren mit Sicherheitsdefiziten](#)

[Rente mit 67 - die Pläne der Großen Koalition](#)

[Ausbildungsplatz-Umlage ist endgültig vom Tisch](#)

ZITATE

[Merkel fordert Hamas zum Gewaltverzicht auf](#)

[Rente mit 67: CSU offen für frühere Einführung](#)

GEWINNER

VERLIERER

[Zentrale Verkehrsader wird zur Fußgängerzone](#)

SCHON ENTDECKT?



PNP-Journal im Online-Bereich
Skandale, Liebe, Katastrophen, Kriminalität - die Extreme des

Lebens... [\[mehr\]](#)

„EU nutzt Deutschland am meisten“

Studie belegt: 123 Milliarden Euro Überschuss in Handelsbilanz stehen 7,1 Milliarden Nettobeitrag gegenüber

Berlin (ddp). Deutschland profitiert weit mehr von der Europäischen Union, als bislang öffentlich dargestellt. Das zeigt die gestern in Berlin vorgelegte Studie unter Federführung der Universität Köln über Kosten und Nutzen der EU-Mitgliedschaft. Danach steht dem Nettobeitrag der Bundesrepublik von 7,1 Milliarden Euro (2004) ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Milliarden Euro gegenüber. Zugleich werden die Wachstumseffekte einer EU-Mitgliedschaft auf knapp ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts beziffert. Der EU-Parlamentarier Elmar Brok (CDU) betonte, allein die Staatseinnahmen aus diesem Handelsbilanzüberschuss überstiegen „um ein Vielfaches“ den deutschen Nettobeitrag. „Es gibt kein Land in der EU, das so viel von der EU gewinnt wie Deutschland“, sagte der CDU-Politiker. Daher sei die Politik gefordert, dem verbreiteten Europa-Pessimismus „Realitäten entgegenzusetzen“. Mit Blick auf die Debatte um den EU-Haushalt 2007-2013 erinnerte Brok daran, dass die absehbaren Mehrausgaben von etwa 3 Milliarden Euro noch unter dem liegen dürften, was Deutschland noch vor einer Reduzierung seiner Beiträge vor wenigen Jahren gezahlt habe. Auch sollte nicht vergessen werden, dass die Hauptexportländer Deutschlands in der EU-Zone liegen und heute das Handelsvolumen mit den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten „höher als mit den USA“ läge. Die ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies führte als Beleg für den Nutzen, den Deutschland erziele, den Exportzuwachs von 25 Prozent zwischen 2000 und 2005 an. Laut Eurobarometer sieht eine Mehrheit der Deutschen die EU bislang als wirtschaftliche Bedrohung an. **(S.4)**

[← ZURÜCK](#)

Dienstag, 31. Januar 2006

NACHRICHTEN

[Überblick](#)

[Tickermeldungen](#)

[Das Thema](#)

» **Politik**

[Bayern](#)

[Wetter](#)

[Wirtschaft](#)

[Börse](#)

[Feuilleton](#)

[PNP-Spezial](#)

[Zeitung macht Schule](#)

[Menschen in Europa](#)



ANZEIGE



ESPRIT
edc Wide V-Neck
Basic-Shirt mit
trendigem
Ausschnitt.
bei
[esprit-shop.com](#)
nur 19,95 EUR

ZWEISAM



Kostenlose Anzeigen führen zusammen

Es gibt viele nette Menschen. Man muss sie nur finden. [\[mehr\]](#)

KINO-SPEZIAL



Alles rund ums Kino
Das aktuelle Programm, Filminfos und Kinodate. Aktuell: "München" [\[mehr\]](#)

Eine Weiterveröffentlichung, Vervielfältigung, Verbreitung auch in elektronischer Form, sowie eine Speicherung, die über die private Nutzung hinausgeht, ist ohne vorherige Zustimmung des Verlages nicht zulässig.



Sie sind hier: [Startseite](#) / [Nachrichten](#) / [Politik](#) / [Artikel](#)

ALLE ARTIKEL

ARTIKEL
vom 31.01.2006

[Mit sieben Bodyguards in Jad Vashem](#)

[Gesamtkunstwerk Alan Greenspan tritt ab](#)

[„Die wollten gar keine Hilfe“](#)

[„Das beste Geschäft in der deutschen Geschichte“](#)

TAGESSCHAU

[Fleisch-Skandal: Berger will diese Woche Insolvenz anmelden](#)

[Charmeur mit Knittergesicht](#)

[CSU-Spitze stützt Müntefering](#)

[Meldungen](#)

[Unbequeme Wahrheiten](#)

KOMMENTARE [Es reicht noch nicht](#)

[„EU nutzt Deutschland am meisten“](#)

STANDPUNKT [Klares Signal](#)

[Studie: Ältere Reaktoren mit Sicherheitsdefiziten](#)

[Rente mit 67 - die Pläne der Großen Koalition](#)

[Ausbildungsplatz-Umlage ist endgültig vom Tisch](#)

ZITATE

[Merkel fordert Hamas zum Gewaltverzicht auf](#)

[Rente mit 67: CSU offen für frühere Einführung](#)

GEWINNER

VERLIERER

[Zentrale Verkehrsader wird zur Fußgängerzone](#)

SCHON ENTDECKT?



PNP-Journal im Online-Bereich
Skandale, Liebe, Katastrophen, Kriminalität - die Extreme des

Lebens... [\[mehr\]](#)

„Das beste Geschäft in der deutschen Geschichte“

Eine Kölner Studie soll deutsche Vorbehalte gegen die EU entkräften und dafür sorgen, dass sich „ein Realitätssinn durchsetzt“.

von *André Spangenberg*

Berlin. Angst dominiert die Europa-Sicht der Deutschen:

Arbeitsplatzverlagerung in die osteuropäischen Mitgliedsländer, internationale Handelsnachteile, der „Teuro“, oder überbordende Erweiterungskosten für Deutschland als dem größten Nettozahler der EU. Eine gestern in Berlin vorgelegte Studie unter Federführung der Universität Köln widerspricht und kommt zu dem Fazit: „Europa nützt Deutschland und legt den Reformbedarf frei.“ „Es gibt kein Land in der Europäischen Union, das so viel von der EU gewinnt wie Deutschland“, sagt der Europaparlamentarier Elmar Brok (CDU) - frustriert über die deutschen Stammtischdebatten. Er hofft, dass sich nach dieser ersten umfassenden Studie zu Kosten und Nutzen einer deut-

„Sozialtourismus“ lässt sich nicht belegen

schon EU-Mitgliedschaft zu-mindest in der Politik „ein Realitätssinn durchsetzt“.

Vorbehalt eins: „Deutschland zahlt nur in die EU-Kasse ein.“ Falsch, sagt Brok - und verweist auf die Studie, wonach nicht allein der Nettobeitrag von 7,1 Milliarden Euro im Jahr 2004 gesehen werden darf. Unterschlagen werde ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Milliarden Euro, dessen Steuern und Sozialabgaben dem Staat „ein Vielfaches“ der Nettozahlungen erbracht hätten. „Ich verstehe nicht, warum diese Zahl gehütet wird wie ein Staatsgeheimnis.“ Allein gegenüber Polen habe der deutsche Überschuss 2004 bei vier Milliarden Euro gelegen. **Vorbehalt zwei:** „Durch die EU-Osterweiterung kommen immer mehr Ausländer nach Deutschland.“ Ein solcher „Sozialtourismus“ lässt sich nicht belegen. Vielmehr zeigt die Studie, dass es „keinen unmittelbar einsetzenden Zustrom von Arbeitskräften“ gegeben hat. Für die Bundesbank ist das sogar ein Grund zur Besorgnis, komme es so doch zu Anreizen für „produktionsverlagernde Direktinvestitionen“ in den neuen Mitgliedsstaaten. **Vorbehalt drei:** „Arbeitsplätze wandern aus Deutschland ab.“ Das betrifft nach Ansicht der ehemaligen EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies zumeist nur gering entlohnte Arbeit, arbeitsplatzsichernde Auswirkungen in Deutschland wie gerade in der Grundlagenforschung würden verschwiegen. Im Übrigen habe sich seit der Osterweiterung 2004 der

Dienstag, 31. Januar 2006

NACHRICHTEN

[Überblick](#)

[Tickermeldungen](#)

[Das Thema](#)

» **Politik**

[Bayern](#)

[Wetter](#)

[Wirtschaft](#)

[Börse](#)

[Feuilleton](#)

[PNP-Spezial](#)

[Zeitung macht Schule](#)

[Menschen in Europa](#)



ZWEISAM



Kostenlose Anzeigen führen zusammen

Es gibt viele nette Menschen. Man muss sie nur finden. [\[mehr\]](#)

PNP-GEWINNSPIEL



Mit Katzen leben

Gewinnen Sie das Buch "Menschen und Miezen"... [\[mehr\]](#)

BUCHTIPP



Wissenschafts-Mix

Norbert Buchner sucht in seinem Werk "Klima und Kulturen" die Wiege der Menschheit... [\[mehr\]](#)

Verlagerungseffekt wieder „verlangsamt“, da wegen der EU-Normenübernahme der Wettbewerbsvorteil der neuen Mitglieder verloren gehe.

Studie geht an alle MdB und Regierungen

Vorbehalt vier: „Der ‚Teuro‘ behindert die deutsche Exportwirtschaft.“ Falsch, meint Brok. Gerade nach Einführung des Euro sind die deutschen Ausfuhren mit Schwerpunkt außerhalb des Euroraumes gestiegen. Von Experten wird der positive Effekt auf fünf bis zehn Prozent veranschlagt. Allerdings sagt die Studie nichts zu den realen Preissteigerungen im Inland nach der Euro-Einführung. **Vorbehalt fünf:** „Die EU-Erweiterung bis an den Balkan bringt Deutschland keinen Sicherheitsgewinn.“ Absurd, meint Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament. Gerade für die Krisenherde auf dem Balkan sei die europäische Perspektive der letzte Friedensanker. Und die von Berlin netto gezahlten 7,1 Milliarden Euro seien nicht einmal ein Drittel seines Verteidigungsetats von 24 Milliarden Euro pro Jahr. Diese von der Europa-Union Deutschland und dem Netzwerk europäischer Bewegungen initiierte 160-seitige Studie soll nun an alle Bundestagsabgeordneten und die 16 Landesregierungen gehen. In Debatten könne sich künftig keiner mehr herausreden, er habe die Zahlen nicht gekannt, sagt Brok und fügt hinzu: „Die sieben Milliarden Euro Nettobeitrag zur Europäischen Union sind das beste Geschäft, das wir in der deutschen Geschichte je gemacht haben.“ ddp

↓ ZURÜCK

[Nachrichten](#) · [Lokales](#) · [Sport](#) · [Freizeit](#) · [Magazin](#) · [Anzeigenmarkt](#) · [ServiceCenter](#) · [Mitreden](#)

Copyright © Neue Presse Verlags-GmbH. Alle Inhalte von PNP-Online sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weiterveröffentlichung, Vervielfältigung, Verbreitung auch in elektronischer Form, sowie eine Speicherung, die über die private Nutzung hinausgeht, ist ohne vorherige Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Dienstag, 31.01.2006

Kontakt | Impressum

Anzeige


1 Woche Mittelmeer
 statt 429,- jetzt ab

[Startseite](#) | [Archiv](#) | [Abonnement](#) | [Anzeigen](#) | [E-Paper](#) | [Forum](#) | [Stadtplan](#) | [Partnersuche](#) | [Shop](#) | [Weblogs](#)
Ressorts

Tagesinhalt
 Fragen des Tages
 Politik
 Dritte Seite
 Meinung
 Karikaturen

Berlin
 Brandenburg
 Jugend
 Nachrufe

Wirtschaft
 Finanzplanung
 Verbraucher
 Sport

Kultur
 Kino
 Literatur
 Wissen & Forschen
 Medien
 Tagestipps
 Weltspiegel

Blaue Seiten / Service

Sonntag
 Immobilien
 Mobil
 Karriere
 Reise Magazin
 Sonderthemen

Ticket

Anzeige

**Anzeigen**

Übersicht

Automarkt
 Immobilienmarkt
 Stellenmarkt
 Geschäftsadressen
 Kleinanzeigen
 Bekannschafsanzeigen
 Traueranzeigen
 Familienanzeigen

Suche

Tagesspiegel-Archiv
 Genios-Archiv
 Handelsregister
 Rechercheauftrag

Politik**Industrie will mehr Macht für die EU**

Berlin - Die Umwelt- und die Energiepolitik für Deutschland sollen in Zukunft von der Europäischen Union in Brüssel gemacht werden. Das forderte Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), im Gespräch mit dem Tagesspiegel. „Gesetze, die in Brüssel gemacht werden, bedürften keiner nationalen Gesetzgebung mehr – das spart Bürokratie“, erklärte er. Eine EU-Energiepolitik müsse aus einem „ausgewogenen Energie-Mix“ bestehen – „von den erneuerbaren Energien bis zur Kernkraft“. Die Diskussion über neue Atomkraftwerke sei hier zu Lande „ideologisch verengt“. Auf die Frage, ob beim Umweltrecht dann deutsche oder rumänische Standards gelten sollten, sagte Braun: „Europäische – darauf müssen sich die Mitgliedstaaten einigen.“

Braun lehnte den Plan von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) ab, EU-Zahlungen für Standortverlagerungen zu stoppen. „Die EU fördert nicht den Abzug von Werken aus Deutschland, um sie in Osteuropa neu zu errichten.“ Brüssel gebe nur regionale Beihilfen, mit denen die Infrastruktur verbessert werde. Wirtschaft und Politik müssten den Menschen immer wieder erklären, wie vorteilhaft die EU sei. Zwei Drittel des deutschen Exports gingen in die EU-Staaten, dies sichere 5,5 Millionen Arbeitsplätze. „Das muss auch ein deutscher Wirtschaftsminister im Kopf haben.“ 2004 habe die Osterweiterung 80 000 neue Stellen gebracht. Auch innerhalb Deutschlands seien wirtschaftsschwache Gebiete im Osten mit EU-Geld gefördert worden – „das finden wir in Ordnung“. Werkschließungen hätten meist wenig mit der EU zu tun, sondern oft mit zu hohen Kosten. “

Deutschland profitiert mehr von der EU, als bislang bekannt. Das zeigt eine am Montag in Berlin vorgelegte Studie mehrerer Universitäten. Danach steht dem Nettobeitrag der Bundesrepublik von 7,1 Milliarden Euro (2004) ein Handelsbilanzüberschuss von 123 Milliarden Euro gegenüber. Der Wachstumseffekt einer EU-Mitgliedschaft wird auf knapp ein Prozent der Wirtschaftsleistung beziffert. brö/uwe

Mehr zum Thema:

• [DIHK-Präsident: „Die EU fördert die Infrastruktur, nicht Werksverlagerung“](#)

Anzeige

**Grüne Rendite**

Ökologische Geldanlage mit hohen Renditen. Bis 14% p.a. mit nachhaltiger tropischer Forstwirtschaft.

[Mehr Informationen >>](#)

- [American Express Gold Card + FOCUS oder FOCUS-MONEY - jetzt 1 Jahr beitragsfrei!](#)
- [Neu: Die American Express AURUM CARD 1 Jahr beitragsfrei testen + 6 Monate FOCUS gratis!](#)
- [apano Finanzanlagen: Renditechancen Ø 13-16% pro Jahr³ mit Kapitalabsicherung² - Jetzt informieren!](#)
- [Wirtschaftswachstum von 16% - Jetzt in Dubai investieren!](#)

Dienstleistungen

Anwaltsuche
 Berlin-Guide
 CityTourCard
 Depotcheck
 Energiespar-Tipps
 Gehaltsanalyse
 Gewinnspiele
 Helfer buchen
 Hotel buchen
 Krankenkassen- Vergleich
 Lotto-Service
 Mieten statt kaufen
 Preisvergleich
 Tagesspiegel Phone
 Telefon-, Strom-, Finanzrechner
 Wellness

Bilder der Woche

Antritt in der Krisenregion

Fotostrecken

Alter Ego



Halleneinsturz in Kattowitz



Johannes Rau



Damenmode aus Berlin, Rom & Paris

**Alle Fotostrecken****RSS-Newsfeed**

Tagesspiegel Online als
 RSS-Feed





Service

- Abonnement-Service
- Einzelverkauf-Service
- Impressum
- Kontakt
- Leserbriefe
- Metadaten

Europa für 87 Euro

Die EU ist für die Deutschen ein gutes Geschäft, eines, das noch besser werden könnte

VON SABINE HERRE

Das Image der EU in Deutschland ist schlecht. Nur noch 46 Prozent der Bundesbürger, so das letzte Woche veröffentlichte "Eurobarometer", sind der Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der Union Deutschland Vorteile bringe. Jahrelang lag die Zustimmung bei rund 60 Prozent.

Bereits im Sommer 2005 hatte das Netzwerk Europäische Bewegung und die Europa-Union Deutschland deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, die einmal grundsätzlich untersuchen sollte, welche Kosten und welchen Nutzen Deutschland von seiner Mitgliedschaft in der EU hat. Eine ähnliche wissenschaftliche Arbeit war zuletzt 1984 erstellt worden, also lange vor Binnenmarkt, Währungsunion und Osterweiterung. Folgerichtig lautet denn auch der Titel der von den beiden Kölner Europaexperten Wolfgang Wessels und Udo Diedrichs herausgegebenen Studie: "Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?"

Bei der Beantwortung dieser Frage tun sich die insgesamt acht Wissenschaftler freilich nicht leicht. Müssen sie doch alle mit einem grundsätzlichen Problem umgehen, das einer von ihnen so zusammenfasst: "Da die EU nun einmal existiert, fällt es ausgesprochen schwer abzuschätzen, wie die Mitgliedsländer ohne sie dastünden." Und so finden sich auf den 160 Seiten auffallend oft Formulierungen wie "dürfte", "könnte", "sollte profitiert haben". Rolf Sternberg von der Uni Hannover stellt unumwunden fest: "Es existiert keine überzeugende empirische Gesamtbilanz der wirtschaftlichen Effekte der europäischen Integration."

So war es denn auch kein Wissenschaftler, sondern der konservative Europaabgeordnete Elmar Brok, der bei der gestrigen Vorstellung der Studie in Berlin am überzeugendsten begründete, warum sich die EU für Deutschland rechnet: "Deutschland zahlte 2004 einen Nettobetrag von 7,1 Milliarden Euro in den EU-Haushalt ein. Europa kostet jeden Bundesbürger somit 87 Euro. Für den Verteidigungshaushalt muss er mehr als dreimal so viel hinlegen." Doch Brok geht noch einen Schritt weiter: Zum einen werde Europa für Deutschland immer billiger, der Nettobeitrag sei in den letzten Jahren um rund 3 Milliarden gesunken. Zum anderen erwirtschaftete Deutschland mit seinen EU-Partnern einen Handelsbilanzüberschuss von rund 120 Milliarden Euro. Elmar Brok: "Das beste Geschäft in der deutschen Geschichte ist unsere EU-Mitgliedschaft."

Für den Arbeiter von Volkswagen oder AEG, der die Verlagerung seines Arbeitsplatzes nach Osteuropa fürchtet, dürfte dies zumindest zurzeit schwer zu verstehen sein. Und so wäre es sinnvoll gewesen, wenn die Studie einige neue Daten zu den Auswirkungen der Osterweiterung auf den deutschen Arbeitsmarkt geliefert hätte. Es findet sich aber lediglich die Zahl von 380.000 Arbeitsplätzen, die in den letzten 25 Jahren von deutschen Investoren in Osteuropa geschaffen wurden - was aber ja noch nichts über Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland sagt. Angeführt wird eine Umfrage des Ifo-Instituts, aus der hervorgeht, dass bereits 25 Prozent der deutschen Unternehmer Betriebsteile ostwärts verlagert und weitere 12 Prozent eine solche Verlagerung vorhätten. Bei 50 Prozent der Betriebe, die bereits in den neuen EU-Ländern investiert haben, hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland verringert, bei 11 Prozent erhöht.

Gerade das Beispiel Osteuropa wirft aber auch eine grundsätzliche Frage über den Sinn einer solchen Studie auf. Ist es überhaupt legitim, angesichts von sechzig Jahren stabiler Nachkriegsordnung sowie der Wiedervereinigung des Kontinents eine simple Kosten-Nutzen-Rechnung der EU zu erstellen? Wessels/Diedrichs geben darauf diese Antwort: "Integration sollte nicht ausschließlich als Kosten-Nutzen-Ausgleich verstanden werden, ohne einen ausreichenden Nutzen wird ein Mitgliedstaat auf die Dauer aber nicht bereit sein, die Europäische Union mitzutragen."

Doch kann man den Nutzen, den die Bundesrepublik zum Beispiel von einer gemeinsamen Außenpolitik der EU hat, überhaupt bewerten? Was wiegt schwerer: Souveränitätsverzicht oder gemeinsames Auftreten zum Beispiel bei WTO-Verhandlungen? Eine Frage, die Diedrichs so beantwortet: "Die EU erhöht die Wirkung Deutschlands in der internationalen Politik und verhilft dem Land zu Möglichkeiten der Einflussnahme, die es als europäische Mittelmacht kaum ausüben könnte." Andererseits, so der Autor, könnte das Mittragen von EU-Entscheidungen gegen eigene Interessen der "Ernstfall" für die gemeinsame Außenpolitik sein. Zugespitzt formuliert: Will Berlin wirklich eine gemeinsame EU-Außenpolitik, muss es deutsche Interessen schon mal hintanstellen.

Die gestern in der Berliner Vertretung der EU-Kommission vorgestellte Studie bleibt daher nicht allein bei der Analyse, sondern macht Vorschläge für eine effektivere deutsche EU-Politik. Die derzeitige Situation, in der nicht nur verschiedene Ministerien, sondern auch die Bundesländer ihre jeweiligen Positionen in Brüssel vertreten, könne nicht länger hingenommen werden. Notwendig sei eine stärkere Koordinierung europapolitischer Entscheidungen im Bundeskanzleramt. Die Höhe der Kosten der EU-Mitgliedschaft Deutschland sei schließlich nicht "schicksalhaft", sondern könne von den deutschen Politikern zu einem "erheblichen Teil mitbestimmt werden".

taz Nr. 7885 vom 31.1.2006, Seite 6, 185 TAZ-Bericht SABINE HERRE

taz muss sein: Was ist Ihnen die Internetausgabe der taz wert? Sie helfen uns, wenn Sie diesen Betrag überweisen auf: taz-Verlag Berlin, Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 39316-106

© Contrapress media GmbH

Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

[zurück](#)

BUNDESREGIERUNG

Deutschland profitiert deutlich von der EU

Mi, 01.02.2006

Die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union zahlt sich aus. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Universität Köln. Der Nutzen, den Deutschland insbesondere aus dem EU-Binnenmarkt zieht, übersteigt deutlich die jährlichen Nettozahlungen von 7,1 Milliarden Euro.

Drei Viertel der deutschen Exporte, immerhin 545 Milliarden Euro, werden im Handel mit den europäischen Nachbarstaaten erwirtschaftet. Allein die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte aus den Exportüberschüssen übersteigen daher bei weitem die deutschen Netto-Beiträge an Brüssel.

Der vom Netzwerk Europäische Bewegung und der Europa-Union Deutschland in Auftrag gegebenen Studie zufolge wächst die Wirtschaft insgesamt in Deutschland durch die Auswirkungen offener Grenzen und des freien Handels schneller. Den jährlichen Effekt beziffert die Studie auf 0,6 bis 0,8 Prozent-Punkte. Das entspricht etwa der Hälfte des durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstums der vergangenen zehn Jahre.

Abwanderung von Unternehmen auch ohne Europa

Auch die oft kritisierte Verlagerung von Unternehmensstandorten in die osteuropäischen Länder ist den Wissenschaftlern zufolge nicht auf die EU-Erweiterung zurückzuführen. Nur 42 Prozent der Unternehmen geben für ihr Engagement in den Beitrittsländern Kostenersparnis als Motiv an.

Die meisten Abwanderungen sind Folge der Globalisierung. Sie resultieren aus einer schon lange vor der EU-Erweiterung begonnen Erschließung der Märkte im Osten.

Das Engagement deutscher Unternehmen im Ausland sichert im beträchtlichem Umfang auch Arbeitsplätze in Deutschland, so die Wissenschaftler. Das gilt besonders für die Exportwirtschaft. So stieg der Handel mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa allein in den Jahren 2000 bis 2004 um 35 Prozent. Und das obwohl in diesem Zeitraum der EU-Binnenmarkt noch ausschließlich auf Westeuropa beschränkt war.

Schließlich wirkt sich auch der Euro positiv auf die deutsche Wirtschaft aus. Durch die weggefallenen Währungsrisiken für exportorientierte Unternehmen nimmt das Handelsvolumen EU-weit um 8 Prozent zu. Im exportstarken Deutschland sind es gar 18 Prozent. Die Stabilität der gemeinsamen Währung sei mit der D-Mark absolut gleichzusetzen, so die Forscher. Die hohe Preisstabilität trägt ebenfalls zu dieser Bilanz bei.

Europa sichert auch Frieden und Stabilität

Jenseits dieser "harten Fakten" verweisen die Gutachter der Universität Köln auch auf die gut sechzigjährige Phase von Frieden und Stabilität auf dem europäischen Kontinent. Zu dieser habe der europäische Einigungsprozess einen großen Beitrag geleistet.

Die Stabilität in Europa strahlt dabei auf die angrenzenden Nachbarstaaten aus. So schafft sie letztlich auch die Rahmenbedingungen für stetigen Wohlstand und Sicherheit bei uns.

Empfehlungen an die Politik

Die Studie empfiehlt der Politik, die Stärken Deutschlands im europäischen Wettbewerb besser herauszustellen.

Das Exportwachstum der vergangenen Jahre wurde zunehmend mit Hightech- und forschungsbasierten Produkten erwirtschaftet. Höhere Investitionen in Bildung und Forschung seien daher für Deutschland unabdingbar.

Auch eine stärkere Wahrnehmung deutscher Interessen in Brüssel und eine effizientere Koordinierung der Europapolitik mahnen die Gutachter an, um die positive Bilanz Deutschlands aus der EU-Mitgliedschaft auch in Zukunft zu sichern.



Öffentlichkeit und Governance Wednesday 1 February 2006

[Intro Weißbuch](#) [Bessere Rechtssetzung](#) [Komitologie](#) [Informationsstrategie](#) [Bessere Umsetzung](#) [Reform der Kommission](#)
[Alternative Regulierung](#) [Zugang zu Dokumenten](#) [Corporate Governance](#) [Korruption](#) [Eurobarometer](#) ["Can EU Hear Me?"](#)

Published: Mittwoch 1. Februar 2006 | Updated: Mittwoch 1. Februar 2006
Languages: [\[EN\]](#)

Studie: Deutschland profitiert von der EU-Mitgliedschaft [DE]

In Short:

Aus einer neuen Studie geht hervor, dass Deutschland sowohl politisch als auch wirtschaftlich von der Mitgliedschaft in der EU profitiert.

Kurznachrichten:

Diese Studie, die vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und der [Europa-Union](#) Deutschland in Auftrag gegeben wurde, wurde von acht Politik- und Wirtschaftsforschern durchgeführt. Sie zeigt, wie sich die EU-Mitgliedschaft Deutschlands in fünf verschiedenen Bereichen auswirkt: Wirtschaft (Binnenmarkt), Währung (Euro), Arbeitsmarkt (Arbeitslosigkeit), Haushalt (Nettozahler Deutschland) und Außenpolitik.

Die Ergebnisse wurden am 30. Januar 2006 von dem Europaabgeordneten Elmar Brok (Präsident der Europa-Union Deutschland) und der ehemaligen EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies (Präsidentin des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland) vorgestellt. Sie widerspricht der weit verbreiteten Meinung, dass die EU für die schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland verantwortlich sei. Unter anderem sei Deutschland eines der Länder, das am meisten vom EU-Binnenmarkt profitiere. Sein Beitrag zum EU-Haushalt sei vergleichsweise gering. Auch zeigt die Studie, dass der befürchtete Zustrom von Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ausgeblieben sei und dass die EU-Osterweiterung Deutschland mehr Chancen als Risiken biete.

Monika Wulf-Mathies kommt in ihrem Vorwort zu dem Schluss, dass die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses „im vitalen Interesse Deutschlands“ seien. Die Studie mache den „dringenden Reformbedarf in Deutschland in Sachen Wettbewerbsfähigkeit“ deutlich, aber vor allem auch „das enorme Defizit an europapolitischer Koordinierung“, von dem die Arbeit der Bundesregierung geprägt sei.

Links

NGOs and Think-Thanks

- Europäische Bewegung: [Studie: Die Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?](#) (Jan. 2006) [Press release: Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen](#)
- Europa-Union Deutschland [Studie: Die Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?](#) [Press release: Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen](#) (30 Jan. 2006)

Presseartikel

- Financial Times Deutschland: [Studie: Vom Nutzen der EU für Deutschland](#)
- Berliner Zeitung: [Osterweiterung der EU kurbelt Exporte an](#)

[✉ Feed-back to section coordinator](#)

© EurActiv 2000-2005 / [✉ E-mail to EurActiv](#)

Deutschland profitiert vom Binnenmarkt

Deutschland profitiert mehr als jedes andere Land in der Europäischen Union vom gemeinsamen Binnenmarkt. Das geht aus einer von der CDU-Europa-Union und der Europäischen Bewegung bei mehreren Universitäten in Auftrag gegebenen Analyse hervor. Deutschland habe im vergangenen Jahr einen Handelsüberschuß von rund 125 Milliarden Euro erzielt. Damit verglichen, nähmen sich die Kosten der EU für den Nettozahler Deutschland relativ bescheiden aus, heißt es in dem Text. Selbst wenn sich die Europäische Kommission mit ihren Maximalforderungen für den EU-Haushalt 2007 bis 2013 gegen die Mitgliedstaaten durchgesetzt hätte und der Nettobeitrag der Deutschen auf dann wohl 0,62 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen wäre, sei das in Relation zum Wachstumseffekt des EU-Binnenmarkts wenig. Dieser Effekt wird von den Autoren der Studie auf 0,6 bis 0,8 Prozent der Wirtschaftsleistung geschätzt. Hinzu kämen noch die Gewinne, die die Währungsunion für Deutschland bedeuteten. Allerdings werde das EU-Budget in weiten Teilen für ineffiziente Programme genutzt, kritisieren die Autoren der Untersuchung. Die Subventionen für die europäischen Landwirte und die EU-Strukturprogramme verzerrten den Wettbewerb und minderten das Wachstum. Genaugenommen müsse man das mit den positiven Effekten der Integration in den Binnenmarkt verrechnen. (hmk.)

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.02.2006 Seite 12

Finsterer Merkantilismus

Hans-Werner Sinn über Deutschland als Nettozahler und die Gewinner der EU

Es gibt Aussagen, die einen Ökonomen in Rage versetzen können. Dazu gehört die Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 1. Februar 2006 zu den angeblichen deutschen Gewinnen aus der EU-Mitgliedschaft. Die Meldung suggeriert, dass Deutschland seine Nettozahlungen an die EU getrost fortsetzen könne und nicht zögern dürfe, die neuen, von der EU geplanten Nebenhaushalte zu finanzieren, weil Deutschland einen so großen Handelsbilanzüberschuss mit den anderen EU-Ländern habe. Mit einem Überschuss von rund 125 Milliarden Euro gegenüber den EU25 sei unser Land im Jahr 2004 der größte Profiteur der EU gewesen. Dagegen nehme sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 7,1 Milliarden Euro geradezu bescheiden aus.

Die „FAZ“ bezieht sich auf eine von der Europa-Union Deutschland finanzierte interdisziplinäre Studie zu den Kosten und Nutzen der EU für die Bundesrepublik Deutschland. Dabei haben die beauftragten Forscher keineswegs so einfüchtig argumentiert, wie es die Meldung vermuten lässt. Doch gerann die zitierte Aussage zur Plattitüde, als die europafreundlichen Stellungnahmen der Forscher über ein politisches Vorwort und eine nachfolgende Presseerklärung zu einem kurzen Zeitungsartikel verdichtet wurden. Wenn Kinder „stille Post“ spielen, ist es ähnlich.

Was ist falsch an der These, der Handelsbilanzüberschuss zeige, wie Deutschland von der EU profitiert? Ist dieser Überschuss nicht ein Gewinn für Deutschland, der auf ähnlicher Stufe steht wie ein möglicher Verlust aus den fiskalischen Nettozahlungen? Die Antwort lautet nein, denn der Handelsbilanzüberschuss ist ein Teil des Außenbeitrages, der den Überschuss der Exporte von Waren und Leistungen über die Importe misst, und dieser Außenbeitrag ist gleich der Summe aus dem Kapitalexport und den laufenden Übertragungen an das Ausland, von geringfügigen Änderungen der Devisenbestände einmal abgesehen. Ein Land, das dem Ausland Ressourcen schenkt oder leiht, muss netto Ressourcen dorthin liefern.

So ist der deutsche Exportüberschuss mit der EU zu einem Fünftel erforderlich, um Geschenke an andere EU-Länder einschließlich der besagten Nettotransfers an die EU zu machen, und zu vier Fünfteln, um Investitionskapital in andere EU-Länder zu transferieren. Der Exportüberschuss kennzeichnet den Ressourcenabfluss, durch den sich diese Finanztransfers materialisieren. Den schon stattfindenden Ressourcenabfluss als Beleg für Handelsgewinne zu nehmen und als Begründung für weitere Ressourcenabflüsse anzuführen zeugt von finsterstem Merkantilismus. Der Europa-Idee kann man dadurch nur Schaden zufügen.

Natürlich profitiert Deutschland von der EU. Die politische Stabilität und die Friedenssicherung, die mit der Schaffung der EU einhergingen,

sind mehr wert als schnöder Mammon. Auch stimmt es sicherlich, dass wir Handelsgewinne in Form verbesserter internationaler Arbeitsteilung haben erzielen können. Wenn Heerscharen von deutschen Urlaubern mitten im Winter in die Kanaren einfallen dürfen, ist das schon den einen oder anderen Mercedes wert. Über den Tausch freuen sich Deutsche und Spanier gleichermaßen, denn beide können so ihren Lebensstandard steigern.

Die Behauptung freilich, dass Deutschland besonders viel von der EU profitiere und deshalb auch am meisten zahlen könne, ist wenig überzeugend. Die EU ist nämlich eine Institution, die besonders den kleineren europäischen Ländern nützt. Sie ist eine Einrichtung zur Überwindung der Nachteile der Kleinheit. Das gilt nicht nur für die EU-Gremien, wo die kleinen EU-Länder im Verhältnis zu ihrer Größe dramatisch überrepräsentiert sind. Es gilt vor allem auch in ökonomischer Hinsicht.

Am deutlichsten sind die Vorteile der kleinen Länder aus der Vergrößerung der Märkte und der Möglichkeit, Kostendegressionsvorteile auszunutzen, was ja seinerzeit im Cecchini-Bericht über den Binnenmarkt, wenn auch mit einem anderen Tenor, in den Mittelpunkt gestellt wurde. Deutschland verdankt die traditionelle Stärke seiner Industrie vor allem auch der Größe seines eigenen Binnenmarktes. Frühzeitig konnte man Größenvorteile bei der Industrieproduktion realisieren und dann die Weltmärkte erobern.

Die kleineren europäischen Länder hatten wegen der Enge ihrer eigenen Binnenmärkte keine vergleichbaren Möglichkeiten. Mittlerweile sind die Sondervorteile der deutschen Industrie aber verschwunden; das Terrain wurde für einen fairen Wettbewerb ebnet. Anbieter aus Irland, Finnland, Österreich oder Luxemburg haben nun Zugang zu den gleichen 450 Millionen EU-Konsumenten, die auch einem deutschen Anbieter zur Verfügung stehen.

Man denke nur an die finnische Fernsehfirma, die 1990 eine existenzbedrohende Krise durchmachte und heute eine der größten Börsenkapitalisierungen der EU aufweist. Ohne die EU, auf der Basis des finnischen Binnenmarktes, hätte Nokia seinen Erfolg nicht haben können. Die Patente hätte man vermutlich an Siemens verkauft. Die Handys wären heute vielleicht etwas größer, aber Siemens wäre die Nummer eins in Europa. Tatsächlich hat Siemens seine Handy-Produktion gerade aufgegeben.

Die Abschaffung der Sondervorteile der großen Länder, allen voran Deutschlands, ist gut für Europa. Alle Firmen der EU stehen heute zu gleichen, fairen Bedingungen im Wettbewerb, und endlich kann sich der Kontinent in seiner gesamten Breite wirtschaftlich entfalten. Doch so richtig diese Aussage ist, so wenig ist sie geeignet, Sonderzahlungen Deutschlands an die EU zu legitimieren. Ein bisschen weniger Blauäugigkeit und ein bisschen mehr ökonomischen Sachverstand könnte man der deutschen Europa-Debatte schon gönnen. ■

Hans-Werner Sinn
ist Präsident des Ifo-Instituts
für Wirtschaftsforschung und
einer der renommiertesten
Ökonomen des Landes.